

Wie die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) nach Basel kam

Autor(en): Lukas Burckhardt

Quelle: Basler Stadtbuch

Jahr: 1977

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/d5c64eaf-fce4-4ecf-b3c9-39b33f473cc2>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

Lukas Burckhardt **Wie die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) nach Basel kam**

Die feierliche Einweihung des BIZ-Turmes am Bahnhofplatz am 9. Mai 1977 war Anlass, die alten Akten des Finanzdepartements, die sich heute im Staatsarchiv befinden, zu konsultieren. Erstes und aufschlussreichstes Dokument ist eine Telefonnotiz vom 24. Juni 1929 des damaligen Departementssekretärs zu Händen seines Vorstehers: Der Präsident des Schweizerischen Bankvereins leitete eine Information der französischen Delegation bezüglich der Sitzfrage der «Reparationsbank» weiter. Diese sehr präzise Information sollte «ganz im Sinne der französischen Politik» Basel animieren, sich um den Sitz der «Reparationsbank» intensiv zu bewerben. Sie lautete wie folgt: Basel dürfte in erster Linie als Sitz der Bank in Betracht kommen, Brüssel kaum, da sich die Deutschen entschieden dagegen ausgesprochen hätten. Auch lege Brüssel selbst offenbar kein grosses Gewicht darauf. Gegen London seien die Franzosen, gegen Paris die Engländer, gegen Amsterdam aber unter allen Umständen die Belgier. Bleibe nur Basel oder Zürich. Nun seien wohl die Franzosen, wie die Engländer und die Belgier, eher für Basel, und auch der Italiener Pirelli. Dagegen werde von Zürich

aus alles in Bewegung gesetzt, damit die Bank nach Zürich komme. Das erwecke aber eher schlechten Eindruck. Es seien übrigens nur die Deutschen für Zürich. Die Banken sollten nun zurücktreten und es sei nun an der Kantonsregierung, die Sache an die Hand zu nehmen. Dabei werde letzten Endes den Ausschlag geben, welcher Platz die günstigeren Bedingungen stellen werde.

Der weitere Verlauf richtete sich genau nach diesem Dispositiv. Der Basler Regierungsrat, zusammen mit den Banken, entfaltet eine rege Aktivität. Die Basler Handelskammer unterstützt in einer Eingabe vom 17. Juli 1929 die Bestrebungen von Banken und Regierung. In einem regierungsrätlichen Schreiben an den Bundesrat werden die Konkurrenzaktionen von Zürich denunziert, und die Antwort des Bundespräsidenten vom 9. Juli 1929 versichert, dass im Schosse des Zürcher Stadtrates keine Demarche zu Gunsten der Stadt Zürich besprochen, geschweige denn beschlossen worden sei. In einem anderen Schreiben wird subtil darauf hingewiesen, dass die politische Lage und Stabilität in beiden Städten ähnlich sei, nur dass Zürich eine sozialdemokratische, Basel

aber eine bürgerliche Mehrheit besitze. Für die Bundesbehörden ist, wie aus den vorliegenden Akten hervorgeht, die Situation recht heikel, weshalb sie sich einer weitmöglichen Neutralität zwischen Zürich und Basel befleissigen. Dies gilt auch für die Nationalbank, die in die vielfältigen Intrigen miteinbezogen wird, ebenso die schweizerische Gesandtschaft in Deutschland. Die Basler Akten sind sicherlich nicht vollständig und zeigen nur einen Teil der vielfältigen Bemühungen, die dazu führten, dass an der Konferenz von Baden-Baden am 9. November 1929 der Organisationsausschuss der Bank für Internationale Zahlungen Basel zum Sitz der «Reparationsbank» bestimmte.

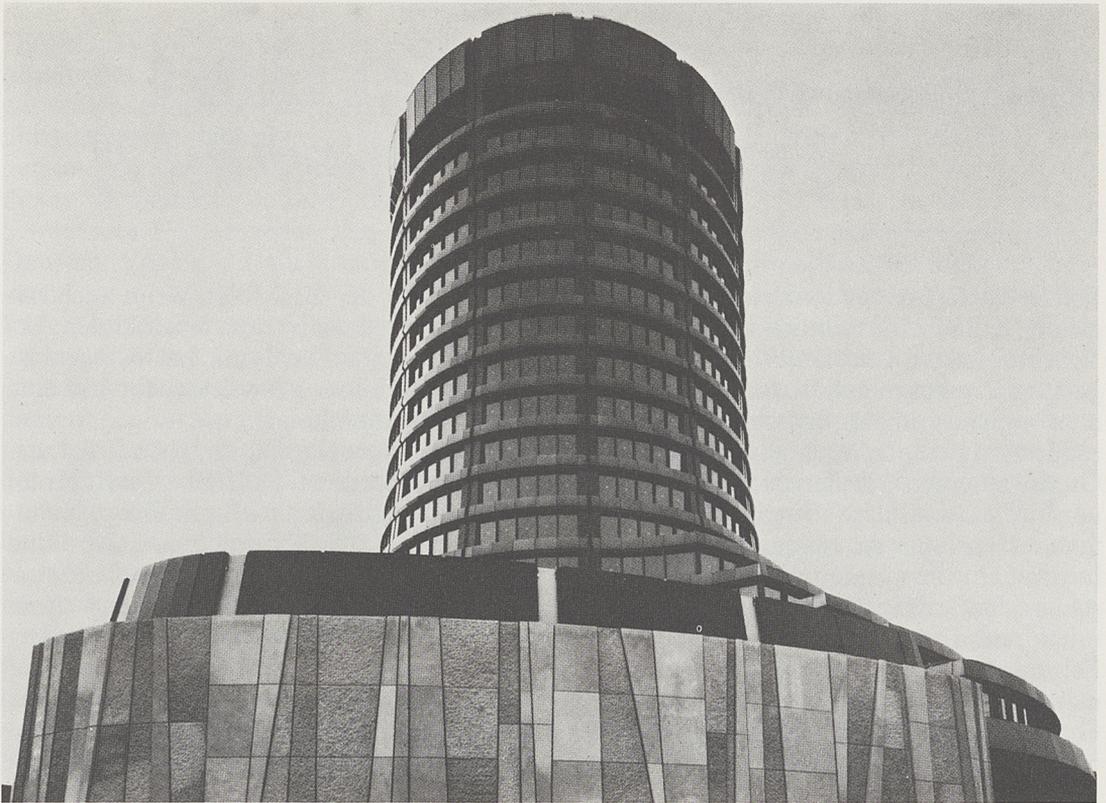
Grosse Genugtuung herrschte in Basel. In den Akten liegt ein Gratulationstelegramm des Regierungsrates des Kantons Basel-Landschaft. Sofort begannen nun aber die praktischen Probleme. Wo soll die Bank untergebracht werden? Ein Liegenschaftsmakler schreibt dem Regierungsrat: «Ich halte es für denkbar, dass die hohe Regierung wegen passenden Gebäuden befragt werden wird. Zu diesem Problem möchte ich höflich erwähnen, dass mir eine Anzahl grosse Villen und sonstige grössere Gebäude an passenden Lagen an Hand gegeben sind, die sich bezüglich Grösse und Lage für die Bank eignen können. Teilweise ist mir strenge Discretion ans Herz gelegt, die Objecte werden nicht ausgeben». Eine Druckerei bietet der «Reparationsbank» ihre Dienste an.

Wichtiger aber ist in den nun kommenden Monaten das Aushandeln der Bedingungen für die Sitznahme der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich. Bereits am 12. November 1929 findet im Turmzimmer des Rathauses eine Orientierung der grossrätlichen Fraktionspräsidenten durch den Vorsteher des Finanzdepartements, Dr. Mie-

scher, statt. Die Stellungnahmen sind positiv, zustimmend. Erstes Vorsichtssignal gibt Nationalrat Schneider (SP): Er könne für seine Fraktion zunächst keine Zusicherung geben, weil seine Partei die Sache anders ansähe. Deutlicher noch als aus diesen Akten spricht aus den Zeitungen der Widerstreit der Meinungen. Die Sitznahme der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich wird hier fast ausschliesslich als Politikum gesehen. Am deutlichsten im Basler Vorwärts: Die BIZ wird die Hauptzwingburg des internationalen Kapitalismus sein, dass diese «Zwinguri» gerade im «Lande Tells» errichtet werden musste und dass die «Tellensöhne» gar im Haag um diese «Ehre» gekämpft haben, sei «Ironie der Geschichte».

Eine heftige Debatte entbrannte am 23. Januar 1930 im Basler Grossen Rat: 3 Interpellationen standen zur Debatte. Mit 96:24 Stimmen wurde die Regierungspolitik gutgeheissen, was in den Basler Nachrichten als «gutes Omen» für die künftigen Beziehungen zwischen Basel und der Internationalen Zahlungsbank bewertet wurde. Parallel dazu waren die Bedingungen zwischen Basel, dem Bund und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich ausgehandelt worden. Am 7. Februar 1930 legte der Bundesrat den eidgenössischen Räten eine Botschaft vor, mit der die entsprechenden Bundesbeschlüsse und das Abkommen zur Genehmigung beantragt wurden.

Das Aushandeln dieser Bedingungen gab nochmals Gelegenheit, auf internationaler Ebene die Opposition gegen Basel, speziell seitens Deutschland und dessen Delegierten Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, im einzelnen hochspielen zu lassen. Doch konnte an der Schlussitzung der Haager Konferenz das Abkommen betreffend die Internationale Zahlungsbank von den Delegierten unter-



zeichnet werden. Die Ratifikation des Abkommens erfolgte durch Ständerat und Nationalrat am 26. Juni 1930.

Im Tauziehen um das geeignetste Lokal in Basel – es bewarben sich vor allem der Kirschgarten und die alte Kantonalbank – kam schliesslich das *Grand Hôtel et Savoy* als die am raschesten greifbare Lösung zum tragen. Dort blieb die BIZ, bis sie anfangs 1977 nun in ihr neues Gebäude umzog.

Wie eine Ratifizierung dessen, was sich so erfreulich entwickelt hat, mutet 40 Jahre später der Kampf um die erforderliche Baubewilligung für den originellen Rundbau am Bahnhofplatz an. Am 13. Mai 1971 hiess der

Grosse Rat den BIZ-Bebauungsplan mit «überwältigendem Mehr» gut. Gegen das Projekt wurde – nicht von links, sondern von der Nationalen Aktion – das Referendum ergriffen. Der Basler Vorwärts hingegen fragte: Für BIZ auf die Barrikaden?, antwortet mit Nein und gibt die Stimme frei. Alle übrigen Parteien und die Wirtschaft setzten sich intensiv für das Vorhaben «unserer» BIZ ein. Die Volksabstimmung vom 24./26. September 1971 zeitigt als Ergebnis 32 371 Ja, 14 210 Nein. Die BIZ kann ihren stolzen Neubau errichten. Abstimmungs-kommentar der BIZ: «Die Bindung der BIZ zur Stadt Basel wurde vertieft und gestärkt.»